

Unterabteilung
Arbeitskraft und Auswanderung

9. September 1968



Notiz für Herrn Direktor Holzer

Tschechoslowakische Flüchtlinge

1. Wie ich Ihnen am Telefon kurz sagte, beabsichtigte ich, nach der Konferenz mit den Arbeitsämtern und vor Antritt meiner Ferien in einer Notiz das festzuhalten, was bisher an Information über die Behandlung tschechoslowakischer Staatsangehöriger den Arbeitsmarktbehörden zukam, was vorgekehrt wurde und was allenfalls in Aussicht zu nehmen ist.

Unsere Unterabteilung und auch die Arbeitsämter hatten sich bisher mit den Problemen, die sich aus der Anwesenheit und noch möglichen Zuwanderung von Tschechoslowaken ergeben, nur am Rande zu befassen. Bekanntlich nehmen sich dieses Problemes an das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement und insbesondere die Polizeiabteilung und die Fremdenpolizei, die ja laufend mittels Presseorientierungen, aber auch Fernseh- und Radiosendungen über die Weiterentwicklung der Angelegenheit und den schweizerischerseits getroffenen Massnahmen orientieren.

Herr Direktor Mäder hat mir erstmals am 23.8.1968 am Telefon mitgeteilt, dass die Fremdenpolizei und die Polizeiabteilung ein gemeinsames Kreisschreiben an die Fremdenpolizeibehörden der Kantone richten werden, und angeregt, das Kreisschreiben auch den Arbeitsämtern zur Kenntnis zu bringen, was ich mit Schreiben vom 26.8.1968 auch tat. Aussprachen mit der Fremdenpolizei über die zu treffenden Massnahmen fanden nicht statt. Wir sind auch, abgesehen von dem, was man der Presse entnehmen kann, nicht über die weitere Entwicklung der Dinge orientiert. Zwar erfuhren wir von Mitarbeitern der Fremdenpolizei, dass der Zustrom tschechoslowakischer Flüchtlinge langsam Sorgen bereite, was angesichts der über die Massenmedien verkündeten grosszügigen Haltung der Schweiz nicht weiter verwunderlich erscheint.

2. Da zu erwarten war, dass anlässlich der Jahresversammlung der Arbeitsämter diese Frage zur Diskussion gestellt werde, erkundigte ich mich noch am Donnerstagvormittag, 5.9.68, bei Herrn Dir. Mäder über den neuesten Stand der Dinge, und er bestätigte mir, dass die Situation im wesentlichen dem entspreche, was am Vormittag im Anschluss an die Bundesratssitzung von Herrn Bundeskanzler Huber und Herrn Mumenthaler von der Polizeiabteilung mitgeteilt worden sei. Offenbar muss mit einem stärkeren Zustrom gerechnet werden, indem in erster Linie aus Oesterreich zum Teil mit Unterstützung österreichischer Behörden, aber auch aus Deutschland, tschechoslowakische Flüchtlinge in grösseren, zum voraus aber nicht bestimmbar Zahlen einrei-



sen. Die Eidg. Fremdenpolizei nehme vorläufig nicht in Aussicht, die bisher ergangenen Weisungen bzw. Mitteilungen zu ändern oder zu ergänzen.

Wie zu erwarten war, hat sich anlässlich der Jahresversammlung der Arbeitsämter Herr Schlegel zunächst in der Vorstandssitzung und dann vor allem in der Vollversammlung zum Tschechenproblem geäußert und zunächst seinem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, dass man seitens des Bundes nicht besser informiert worden sei und keine Weisungen erhalten habe. Alles was die Kantone wüssten, hätten sie Presse-, Fernsehen- und Radiomitteilungen entnehmen können. Dann orientierte er über die Situation längs der st. gallerischen Grenze, vor allem soweit es um die Auffanglager Buchs und St. Margrethen ging, da offenbar zunächst die Absicht bestand, von diesen Lagern aus die Tschechen in die Schweiz reisen zu lassen, wobei gleichzeitig auch wenn irgendmöglich eine Vermittlung von Arbeitsplätzen hätte erfolgen sollen. Inzwischen habe sich die Lage insofern geändert, als viele Tschechen unverzüglich schon ins Landesinnere reisen, nach gewissen Zentren wie Winterthur, Langnau, Langenthal, so dass die Vermittlung lokal zu erfolgen habe. Er empfehle den vielen Arbeitgebern, die sich beim Kantonalen Arbeitsamt St. Gallen um Tschechen interessieren, sich mit den lokalen Arbeitsämtern in Verbindung zu setzen.

Auf das Votum des Herrn Schlegel hin habe ich darauf hingewiesen, dass auch wir im wesentlichen nur über Presse, Radio und Fernsehen orientiert seien. Ich erinnerte aber daran, dass Weisungen der Bundesbehörden erfolgt seien und dass ich das Kreisschreiben der Eidg. Fremdenpolizei vom 23.8.68 am 26.8.68 den Arbeitsämtern habe zukommen lassen. Erste Instruktionen seien demnach erfolgt. Im übrigen wies ich darauf hin, dass es um Entscheide unserer obersten politischen Behörden gehe und dass eine weitere Oeffentlichkeit mit diesen Entscheiden einiggehe und dass sie sie unterstütze und offenbar zum mindesten vorläufig bereit sei, die Konsequenzen auf sich zu nehmen. Ich forderte die Arbeitsämter auf, ihren Beitrag bei der Vermittlung der Tschechen zu leisten.

Herr Dr. König, welcher die Eidg. Fremdenpolizei an der Tagung vertrat, hat dann in einem ausführlichen Votum Mitteilungen über die Entwicklung der Lage und die gegenwärtige Situation gemacht, Mitteilungen, die sehr nützlich waren und gut aufgenommen wurden. Er bestätigte, dass vorläufig trotz der Zunahme der Einreisen nicht die Absicht bestehe, neue Weisungen zu erteilen, gab aber zu verstehen, dass die Arbeitsämter in Zukunft wohl stärker sich mit der Vermittlung von Tschechen werden befassen müssen.

3. Was nun die Möglichkeiten der Vermittlung betrifft, ist folgendes zu sagen.

- 3 -

Nach dem, was man bisher weiss, handelt es sich bei den Tschechen, soweit es um Erwerbstätige geht, grösstenteils um qualifizierte Leute, Ingenieure, Techniker, gelernte Arbeiter und etwa 10 % Aerzte und andere Intellektuelle. Da die Tschechen als politische bzw. potentielle Flüchtlinge auf Grund des BRB vom 28.2.68, Art. 2, Abs. 2, lit. c, nicht zu den Ausländerbeständen der Betriebe gehören - eine Tatsache, auf die immer wieder in Pressemitteilungen usw. hingewiesen worden ist -, besteht für viele Arbeitgeber ein besonderer Anreiz, Tschechen einzustellen. Allerdings werden nach den bisherigen Erfahrungen ebenso oft andere, zum Teil unqualifizierte Arbeitskräfte als die bisher in unserem Land befindlichen qualifizierten Tschechen gewünscht. Schwierigkeiten bei der Vermittlung ergeben sich nach ersten Erfahrungen einmal daraus, dass eine Grosszahl der Tschechen sich mit ihren Familien in unserem Land befinden, so dass nicht nur für den Arbeitnehmer, sondern auch für seine Familie für Wohnung gesorgt werden muss, und dann dass nur ein verhältnismässig kleiner Prozentsatz die deutsche Sprache versteht und nur Vereinzelte in der Lage sind, französisch zu sprechen. Mit diesen Schwierigkeiten wird bei der Vermittlung auch in Zukunft gerechnet werden müssen, sie scheinen mir aber kein absolutes Hindernis für die Eingliederung einer grossen Zahl von Tschechen in den Arbeitsprozess zu bilden. Nicht so einfach scheint zu meiner Verwunderung die Vermittlung der Aerzte zu sein. Auch besteht ein gewisses Misstrauen gegenüber Ingenieuren und Technikern.

Ich empfahl den einzelnen Arbeitsamtsvorstehern, die hierüber mit mir sprachen, sich initiativ der Vermittlung anzunehmen, um einmal den Tschechen zu helfen und dann aber auch gleichzeitig den Arbeitgebern zu nützen. Herrn Friedrich, der mir gegenüber die Frage aufwarf, ob man nicht allenfalls bei Ausnahmegesuchen Arbeitgeber auf die Möglichkeit der Einstellung von Tschechen verweisen und deshalb keine zusätzlichen ausländischen Arbeitnehmer bewilligen soll, gab ich zu verstehen, dass nach meiner persönlichen Auffassung ein solches Vorgehen nicht angezeigt erscheint. Auch würde ich es nicht richtig finden, wenn z.B. mit dem Hinweis, es stünden nur Tschechen zur Verfügung, das für Ausnahmegewilligungen vorgesehene Kontingent gekürzt bzw. vorübergehend gesperrt würde.

4. Inzwischen ist die Einladung des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements an die Regierungen der Kantone vom 5. September 1968 zu der auf Dienstag, 10. September 1968, angesetzten Aussprache eingegangen, an welcher gemäss Ihrem am Telefon bekanntgegebenen Einverständnis Herr Wälchli, dem ich eine Kopie dieser Notiz und ein Exemplar der Einladung zukommen lasse, teilnehmen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Anschluss an diese Konferenz Weisungen zuhanden der Arbeitsämter sich aufdrängen. Diese werden von der Unterabteilung vorbereitet werden können, indem ja Herr Wälchli über die Situation ebenso gut orientiert ist wie ich.

Benjamin Grottel, 11.9.68 ; J. Fauriol
Wälchli dem am 10.9.68
über die Lage - 10.9.68